




## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de  
[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

# **Pressemitteilung**

04.05.06

## **Rossmann: Einigung zum Elterngeld kann nur ein erster Schritt sein**

(Berlin) „Der im Koalitionsausschuss gefundene Kompromiss zum Elterngeld ist ein familienpolitischer Erfolg“ teilt der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann. Das von der damaligen Familienministerin der rot/grünen Bundesregierung, Renate Schmidt initiierte Konzept, welches in Skandinavien erfolgreich praktiziert wird, kann jetzt auf den Weg gebracht werden. Rossmann begrüßt vor allem die von der SPD durchgesetzte Einbeziehung der ALG-II-Empfänger, die den Sockelbetrag von 300 Euro anrechnungsfrei bekommen und die Regelung für „echte“ Alleinerziehende, die das Elterngeld 14 Monate erhalten. Die Einbeziehung der „Vätermonate“ sieht Rossmann als wichtiges politisches Signal Richtung Gleichberechtigung und echter Partnerschaft in der Kindererziehung.

Rossmann: „Im anstehenden Gesetzgebungsverfahren wird sich die SPD darüber hinaus dafür einsetzen, mehr für die Geringverdiener rauszuholen; diese haben auf dem ersten Blick Nachteile gegenüber der noch geltenden Regelung des Erziehungsgeldes.“ Die SPD überlege, bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze 80% oder mehr vom Nettolohn an Elterngeld zu zahlen. Hiermit könnte man den Verlust von 10 Monaten Erziehungsgeld wieder ausgleichen, um die soziale Komponente zu wahren.

Rossmann will sich aber mit dem Elterngeld noch nicht zufrieden geben: „Wir müssen in einem Bündnis von Bund, Ländern und Kommunen die Kinderbetreuung für die Kleinsten ausbauen und schrittweise zu einem kostenlosen Kindergartenbesuch kommen. Das beste Elterngeld nützt nichts, wenn die Eltern danach keine Gewissheit haben, dass es genug Kinderbetreuungsmöglichkeiten gibt. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz hat die rot/grüne Bundesregierung hier schon einen Grundstein gelegt. 230.000 zusätzliche Plätze in Kindergärten, Krippen und in der Tagespflege sollen bis 2010 eingerichtet werden. Rossmann: „Dafür braucht es jetzt unverzüglich einen Bund-Länder-Kommunalpakt zur gemeinsamen Finanzierung dieser Kosten.“